

Liebe antirassistisch motivierte Leute,

in Berlin wird vom 9.-11. Juni 2011 ein bundesweit organisierter Höhepunkt unseres Kampfes gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, gegen die »Residenzpflicht«, gegen die Lagerisolation von Flüchtlingen und gegen die rassistische Sondergesetzgebung allgemein stattfinden.

Abolish discriminatory laws against refugees

Wir laden euch herzlich ein zu einem ersten Planungstreffen in Berlin ein.

>>> 29.3.2011 um 18 Uhr <<<

Ort: Versammlungsraum Mehringhof, Gneisenaustraße 2A, 10961 Berlin,
U-Bahnhof Mehringdamm (U6, U7)

Für die Kampagne "Abolish discriminatory laws against refugees" brauchen wir euch. Es werden im Juni mehrere hundert AktivistInnen nach Berlin kommen - Flüchtlinge und Nichtflüchtlinge. Wir benötigen zuerst vor allem eure Ideen und vielleicht schon konkreten Vorschläge, wie wir die politisch Verantwortlichen im Bundestag angemessen beeindrucken wollen. Sowohl in den Wochen vor den Aktionstagen im Juni als auch während der Aktionstage sind vielfältige Beiträge gewünscht.



Wir bitten euch um rege Beteiligung: Eure Ideen und eure Unterstützung sind jetzt und im Juni gefragt! Dazu zählen auch ganz viele praktische Aufgaben wie Schlafplätze, Essen, Veranstaltungen organisieren etc.

Hintergrund: Politik der Flüchtlingsbekämpfung

Volltext: <http://www.residenzpflicht.info/news/aktionstag-gegen-lager-residenzpflicht-sachleistungsprinzip/>

Seit Langem ist bekannt, wie seit den frühen 1980er Jahre ein Abschreckungssystem gegen Flüchtlinge errichtet wurde. Dessen Ziel war es, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, so unattraktiv wie möglich zu gestalten. Damit sollte, wie es in der bayerischen Asyldurchführungsverordnung heißt, die »Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland« gefördert werden. Und diese Erfahrung sollte über die gebrochenen Rückkehrer an potenzielle Flüchtlinge in den Herkunftsländern kommuniziert werden, frei nach Lothar Späths Motto, »Geht nicht nach Baden-Württemberg, dort müsst ihr ins Lager«.

...

Doch das Kalkül geht nicht auf. Die Abschreckung läuft ins Leere. Immer mehr Flüchtlinge lassen sich nicht klein kriegen, sie nehmen sich, was ihnen zusteht, sie nehmen die Verteidigung ihrer Menschenwürde in die eigenen Hände. Dort, wo die Lebensbedingungen am unerträglichsten sind, in Bayern, verweigern sie kollektiv die Essenspakete und treten in den Hungerstreik. Der Widerstand wächst, auch in Baden-Württemberg und Thüringen. Die Grenze des Erträglichen ist schon lange überschritten.

Aktuelle Situation:

Das Asylbewerberleistungsgesetz wurde 1993 im Zuge der rassistischen Hetze und Pogrome und der damit einhergehenden faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl verabschiedet. Die »Residenzpflicht« steht in der Tradition der deutschen Vorschriften in den kolonisierten Ländern und der nationalsozialistischen Polizeiverordnung von 1938.

Genau jetzt müssen wir uns gegen diese rassistischen Sondergesetze wehren, denn der Zeitpunkt, unsere Kräfte zu bündeln, ist günstig:

Im Laufe der nächsten Monate stehen sowohl das Asylbewerberleistungsgesetz als auch die »Residenzpflicht« im Bundestag zur Debatte. Darum ist es jetzt an uns, konkret zu handeln!

Wir wollen die Diskussion über die Lebensbedingungen von Flüchtlingen nicht den etablierten Parteien und selbsternannten Expert_Innen überlassen und selbst diese Gelegenheit nutzen, um starken politischen Druck von unten auf die Verantwortlichen aufzubauen. Für uns ist klar: Asylbewerberleistungsgesetz und »Residenzpflicht« sind nicht reformierbar, sondern müssen abgeschafft werden – Menschenwürde und Bewegungsfreiheit sind nicht verhandelbar!

Bereits am 22. März 2011 wird es in verschiedenen Flüchtlingsunterkünften und sowie bei politisch Verantwortlichen Protestaktionen geben. Bislang sind an 15 Orten in zehn verschiedenen Bundesländern Aktionen angekündigt.

Aufruf und weitere Informationen zum dezentralen Aktionstag am 22.März 2011:

<http://www.deutschland-lagerland.de/2011/01/21/aufruf-zum-bundesweiten-aktionstag-am-22-marz-2011/>

.....

Was bereits beschlossen wurde: Bei Treffen mit Aktiven aus mehreren Teilen des Bundesgebiets im Dezember 2010 in Frankfurt/Main bzw. im Februar 2011 in Nürnberg wurden ein paar Eckpunkte bereits beschlossen:

Motto: Abolish discriminative laws against refugees

Ort: Berlin. Die Adressaten unserer Forderungen sitzen vor allem im Bundestag

Termin: Donnerstag, 9.6.2011 bis Samstag 11.6.2011

Wir planen:

- Donnerstag und Freitag: Konferenz von Flüchtlingen in Berlin mit Pressekonferenz
- Samstag: Demonstration und Aktionen

Vorschläge/ Ideen für die Aktionen am Samstag in Berlin:

- Demonstration
- Aktion auf einem zentralen Platz
- Agit Prop - street theater Aktionen
- Belagerung des Bundestags
- Errichtung eines 'Lagers', an dem die Situation von Flüchtlingen veranschaulicht wird für ca. 1 Woche

Für unsere Kommunikation wurde eine mailinglist eingerichtet, für eine zentrale website und die Pressearbeit haben sich bereits ein paar Leute gefunden.

Leute aus ganz Deutschland kamen zum Planungstreffen nach Nürnberg:

- Tübingen: Medinetz
- München (Lagerland/ Karawane)
- Nürnberg (Lagerland/ Karawane)
- Würzburg
- Böbrach
- Berlin/ Brandenburg (Bündnis gegen Lager)
- Berlin (Afrique-Europe Interact)
- Freiburg (Aktion Bleiberecht)
- Deggendorf
- Passau
- Möhlau/ Wittenberg
- Darmstadt (Aktionsbündnis Rhein-Main)

Wir freuen uns auf eure Teilnahme am ersten Vorbereitungstreffen am 29.3.2011 und auf eure Beiträge per email (z.B. falls ihr zum ersten Termin nicht kommen könnt oder falls ihr schon früher Kontakt aufnehmen oder etwas loswerden wollt).

buendnis_gegen_lager@riseup.net

<http://bglbb.blogspot.de/>

